

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

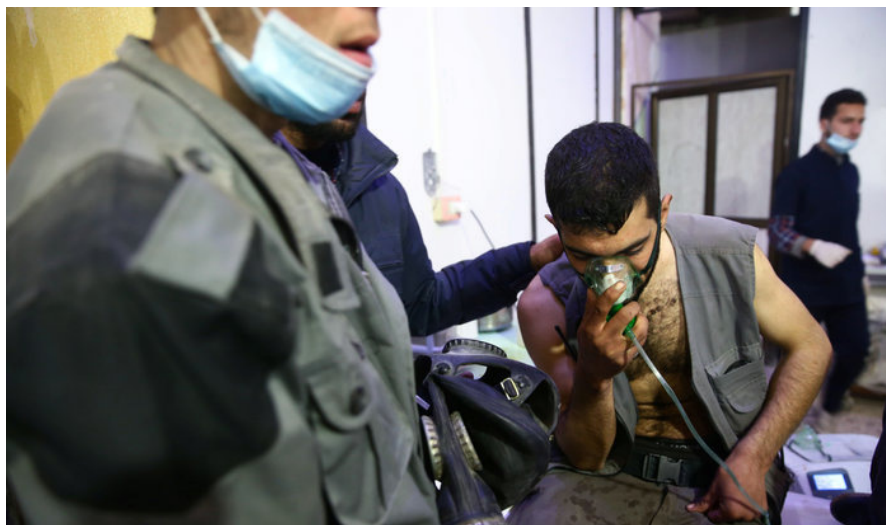
28.02.2018

Von Karin Leukefeld

29.02.2018

Rückzugsraum für Islamisten

Aus den östlichen Vororten von Damaskus heraus führen Dschihadisten unter den Augen des Westens Krieg gegen die syrische Regierung



Gut versorgt: Kämpfer einer bewaffneten Gruppe in Duma in der östlichen Ghuta (25.2.2018)

Foto: Bassam Khabieh/Reuters

Die Ostghuta, einst Naherholungsgebiet, Obst- und Gemüsegarten für die Einwohner von Damaskus, wird heute als »Hölle auf Erden« bezeichnet. Angelastet wird das der syrischen Regierung, die versucht, das Gebiet einzukreisen und die dort stationierten Kampfverbände zum Abzug zu bewegen. Vereinbarungen über Waffenstillstände sind gescheitert, das Gebiet wird heute – ähnlich wie Ende 2016 der Ostteil Aleppos – von den

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

USA, ihren westlichen Verbündeten und den Golfstaaten medial und politisch als »Rebellenhochburg« gegen »einen Diktator« dargestellt, »der sein Volk massakriert«.

Komplett anzeigen

Am Montag haben die EU-Außenminister darüber beraten, wie sie der notleidenden Bevölkerung in Syrien helfen könnten. Ein Ende der Sanktionen, mit denen die EU Wiederaufbau, humanitäre Hilfe und Wirtschaft in Syrien stranguliert, stand nicht auf der Tagesordnung. »Wir werden helfen, aber wir können auch Bedingungen stellen«, brachte der Vorsitzende der konservativen EVP-Fraktion im EU-Parlament, Manfred Weber, den Ansatz der Europäischen Union auf den Punkt. Das Land sei »kriegsmüde und braucht dringend einen Wiederaufbau. Das könnte der Hebel sein«, sagte Weber am Montag der Rheinischen Post. Das meiste Geld für den Wiederaufbau werde aus Europa kommen, heißt es in Brüssel. Damit soll Druck auf die Regierung in Damaskus und ihre Verbündeten ausgeübt werden.

Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Emmanuel Macron hatten bereits am Sonntag den russischen Präsidenten Wladimir Putin aufgefordert, »maximalen Druck« auf die syrische Regierung auszuüben, um »Luftangriffe und Kämpfe« zu stoppen. Um die EU-Linie, die Frankreich und Großbritannien bereits mit den USA abgestimmt haben, auch regional zu verankern, trafen die EU-Außenminister Vertreter aus Jordanien, Ägypten, Saudi-Arabien, Marokko und den Vereinigten Arabischen Emiraten zu einem Arbeitsmittagessen.

Der geschäftsführende Bundesaußenminister Sigmar Gabriel sprach im Interview mit dem Oberbayerischen Volksblatt angesichts der jüngsten UN-Sicherheitsratsresolution, in der ein mindestens 30tägiger Waffenstillstand in Syrien verlangt wird, von einer »Atempause«, die »genutzt werden (müsse), um in Genf Fortschritte im politischen Prozess zu erzielen«. Die EU solle die UNO unterstützen, man versuche, über das Internationale Komitee für das Rote Kreuz (IKRK) »Zugang für die Hilfe nach Ostghuta zu schaffen«. Er habe vereinbart, »dass Deutschland dem Roten Kreuz noch mal zehn Millionen Euro Soforthilfe zur Verfügung stellt«.

Der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja hatte sich schon kurz nach der Abstimmung im UN-Sicherheitsrat skeptisch gezeigt, ob ein Waffenstillstand tatsächlich erreicht werden könne. Feuerpausen könnten nur durch direkte, anstrengende und komplizierte Verhandlungen vor Ort erreicht werden, nicht durch eine Abstimmung im UN-Sicherheitsrat. Er zeigte sich zudem besorgt über »öffentliche Ankündigungen

bestimmter US-Beamter, die mit Aggression gegen das souveräne Syrien drohen«. Nebensja warnte, dass Russland »eine willkürliche Deutung der angenommenen Resolution nicht zulassen« werde.

Am Sonntag abend und am Montag morgen beschuldigte die »Armee des Islam« (Dschaisch Al-Islam) die syrischen Streitkräfte, Orte in der östlichen Ghuta mit Chlorgas angegriffen zu haben. Bestätigt wurden Opfer von einem »Gesundheitsamt in Ostghuta«, das einer syrischen »Übergangsregierung« angehören soll. Diese wiederum wurde von der oppositionellen Nationalen Koalition mit Sitz in Istanbul ins Leben gerufen und wird auch von der Bundesregierung unterstützt.

Damaskus wies die Vorwürfe zurück. Schon früher hatten das russische Außen- und das Verteidigungsministerium davor gewarnt, dass extremistische Kampfverbände in Syrien möglicherweise Giftgas einsetzen würden, um dies dann der Regierung anzulasten. Frankreich hat angekündigt, im einem solchen Fall Syrien zu bombardieren.

Das Verteidigungsministerium in Moskau teilte am Montag mit, dass fünf Kampfverbände in den östlichen Vororten von Damaskus ein gemeinsames Einsatzzentrum gebildet hätten, um den Kampf gegen die syrische Armee und deren Verbündete – Russland, Iran und die libanesische Hisbollah – zu koordinieren. Demnach sollen die »Armee des Islam«, die Nusra-Front, Ahrar Al-Scham, Failak Al-Rahman und Fadschr Al-Umma ihr Vorgehen koordinieren. Das verschlechtere die Lage, es gebe immer weitere Angriffe auf die syrische Armee entlang der Kontaktlinien.

Die Kämpfer der genannten Gruppen bilden ein Heer von mehreren Tausend Gotteskrieger. Verhandlungen über ihren Abzug waren erfolglos geblieben. Einem im Sommer 2017 vereinbarten Waffenstillstand und der Einstufung der Ostghuta als »Deeskalationsgebiet« setzten die Dschihadisten selbst ein Ende, als sie im September und Dezember 2017 zwei schwere Anschläge auf Regierungstruppen mit weit mehr als 100 Toten verübten.